

BIOPATENTRICHTLINIE

Entdecke das Patent in Dir



Wer hat's erfunden? Zumindest Entdecker von menschlichen Genen oder Sequenzen davon, können stolze Besitzer von Patenten werden.

(Foto: Greenpeace)

Noch immer hat Luxemburg die Biopatentrichtlinie nicht umgesetzt. Das Parlament ist jedoch auf dem besten Weg, die kämpferischen Parolen von gestern zu überwinden.

"Forschung im Bereich Biotechnologie muss dem Menschen dienen, nicht dem Profit." Das ließen die Luxemburger Sozialisten im Dezember 2000 verlauten - in einem Pressecommuniqué, das mit dem Titel "LSAP will vollständige Überarbeitung der EU-Patentrichtlinie" überschrieben war. Die Abgeordneten Alex Bodry und Marc Zanussi hatten sich kurz zuvor mit Greenpeace-Leuten unterhalten und waren zu dem Schluss gekommen, "dass die Regierung sich für ihre vollständige Überarbeitung durch die europäische Kommission" stark machen muss.

Heute ist Alex Bodry Bericht-erstat-ter in Sachen Luxemburger Biopatentgesetz und die LSAP in der Regierung. "Nicht nur die LSAP, sondern die gesamte Chamber hat damals in einer Motion die Regierung aufgefordert, die EU-Direktive neu zu verhandeln", sagt der Abgeordnete und streitet einen Sinneswandel seiner Partei ab. "Das alles ist jedoch gescheitert." Und täglich wächst nun der Druck aus Brüssel.

Dazwischen liegen kämpferische Tage des Parlaments: Im Februar 2002 hatte das Parlament einstimmig für jene Motion gestimmt, durch die der Gesetzesvorschlag von Wirtschaftsminister Henri Grethen vom Tisch gewischt wurde. Grethen hatte zwei Jahre zuvor eine eins zu eins Umsetzung der äußerst umstrittenen EU-Biopatentrichtlinie als Gesetz vorgelegt. Diesem Projekt standen sowohl CSV als auch LSAP und Grüne sehr kritisch gegenüber.

Das heute diskutierte Gesetzesprojekt unterscheidet sich nicht wesentlich von Grethens

Version, kritisierte Greenpeace Luxemburg am vergangenen Freitag in einer Pressemitteilung. Grundsätzlich ist die Umweltschutzorganisation der Überzeugung, dass nichts, was in der Natur vorkommt, patentiert werden kann. "Pflanzengene oder Sequenzen von menschlichen Genen werden nicht erfunden, sondern entdeckt", sagt Martina Holbach von Greenpeace. "Und auf Entdeckungen sollte man generell kein Patent vergeben." Dass die Realität diese Fundi-Position längst überholt hat, weiß die Gentechnik-Expertin. "Der vorliegende Text ist widersprüchlich", kommentiert sie das Luxemburger Gesetzesprojekt.

Luxemburger Weg mit Widersprüchen

Im Visier hat Holbach dabei vor allem den Artikel 5 des Gesetzesprojekts, in dem einerseits festgestellt wird, dass der menschliche Körper, inklusive einer Gensequenz "ne peuvent constituer des inventions brevetables". Laut Absatz 2 kann jedoch ein isoliertes Element des Körpers eine solche Erfindung darstellen - auch wenn seine Struktur mit der eines natürlichen Elements identisch ist. Damit wäre der Weg für die Patentierung eines bestimmten Gens frei. Dieses Gen wäre dann für die weitere Forschung - etwa für die Entwicklung eines neuen Medikaments - blockiert.

"Als Linguist muss ich soen, dass eng Kontradiktio- n ass an deemselwechten Artikel. Ich verstinn och firwat déi zwee Artikelen dra komm sinn. Dofir ass et och e Kompromëss, well déi eng hiert Stéck dra kruten an déi

aner", bemerkte Mady-Delvaux-Stehres in der parlamentarischen Aussprache zum Gesetz im Februar 2002.

Absatz 2 könne zu Monopoleffekten führen, befand auch die mit dem Gesetz befasste Wirtschaftskommission der Chamber und schlägt deshalb einen dritten Absatz vor: Hier würde der Patentschutz auf eine einzelne, zuvor definierte technische Anwendung begrenzt. Eine Formulierung, die wortwörtlich aus dem französischen Gesetzestext übernommen wurde.

"Dieser Absatz könnte zumindest sicherstellen, dass nicht eine einzelne Firma das Recht auf dieses Gen besitzt", so Holbach. "Doch der Luxemburger Text bleibt widersprüchlich." In der Tat sieht der Änderungsantrag der Chamber vor, sowohl Absatz 2 als auch Absatz 3 im Gesetz aufzuführen - also einerseits eine allgemeine, andererseits eine auf eine bestimmte Anwendung eingeschränkte Patentierung. Das französische Gesetz erlaubt dagegen nur Letztere. Auf diesen Widerspruch weist auch der Staatsrat in seiner - allerdings minoritären - Stellungnahme vom 11. Oktober hin.

"Wir müssen diesen Punkt in der Tat noch einmal gründlich untersuchen", sagt nun Alex Bodry, der deshalb die für Donnerstag anberaumte Kommissionssitzung um eine Woche verschieben ließ. Erst am Mittwoch habe er aufschlussreiche Unterlagen aus Frankreich bekommen, und die wolle er in Ruhe durchgehen. Dass am Ende ein Text ohne Widersprüche herauskommt, ist jedoch nicht wahrscheinlich. Die Regierung hält an ihrem Gesetzestext fest, ob und welche Änderungsvorschläge die Kommission machen wird, steht noch nicht fest. Auch der Staatsrat konnte sich nicht auf eine Position einigen und legte zwei Stellungnahmen vor.

Für Henri Kox, der für Déi Gréng in der Wirtschaftskommission das Thema betreut, müsste eine "breitere gesellschaftliche Diskussion" geführt werden. Auch mit der abgeänderten Version des Gesetzestextes "sei er nicht glücklich", so Kox. "Leider wurde die Ethik-Kommission abgeschafft", bedauert Kox, "ich wäre dafür, sie wieder einzuberufen." Dazu sei es jetzt zu spät, findet jedoch Alex Bodry: "Die EU-Direktive ist da, und wir werden sie nicht mehr umschreiben." Immerhin habe man seit der kämpferischen Chambermotion nunmehr drei Jahre Zeit gehabt, sich entsprechende Formulierungen für die nationale Umsetzung auszudenken, kritisiert Martina Holbach, die ebenfalls eine Einschränkung des Patentrechts auf tierische und pflanzliche Genen fordert. Doch Änderungen dieser Größenordnung hält Bodry für unrealistisch. Diese Diskussionen hätte man im Vorfeld dieser Direktive führen müssen. Nun stehe Luxemburg auf Grund des Drucks aus Brüssel "mit dem Rücken zur Wand". "Wir sollten auf jeden Fall den maximalen Spielraum, den uns die EU-Direktive lässt, voll ausnutzen", fügt Bodry noch hinzu. In der Kommissionssitzung nächsten Donnerstag steht das Biopatentgesetz wieder auf der Tagesordnung. Zu einer Abstimmung werde es jedoch, so Bodry, frühestens im Januar kommen.

Danièle Weber

Beugehaft auf Umwegen

Auch über die zweite "opposition formelle" des Staatsrates zum "droit de rétention" im neuen Asylgesetz wird sich die Chamber hinwegsetzen. Es geht um den Arrest von AsylbewerberInnen, der im Gesetzestext in bestimmten Fällen erlaubt ist - ohne dass ein richtlicher Beschluss vorliegt. Ein Punkt, der der Mehrheit der Chamberkommission offensichtlich besonders am Herzen liegt. Immerhin hatte die Regierung in ihrem Gesetzesprojekt eine maximale Dauer von 'nur' sechs Monaten festgehalten, die Chamberkommission jedoch verdoppelte diesen Zeitraum in ihrem Änderungsvorschlag kurzerhand. Ein Flüchtling dürfte demnach bis zu ein Jahr lang festgehalten werden, wenn im Falle einer bevorstehenden Abschiebung seine Reisepapiere nicht parat sind und wenn der Asylbewerber keine Informationen über seine Identität preisgeben will. Dies sei eindeutig eine Maßnahme, die darauf abziele, "à décourager des demandes de protection internationale de la part de demandeurs susceptibles d'être déboutés de leur demande", so der Staatsrat in seiner ersten Stellungnahme. Überdies würde man auf die Art und Weise mit Flüchtlingen, die sich nicht ausweisen können, strenger verfahren als mit anderen Ausländern, die sich ohne Papiere im Land bewegen.

In ihrem modifizierten Änderungsvorschlag hält die Kommission nun lediglich den Fall der Identitätsverschleierung als Grund für einen einjährigen Arrest fest. Begründung für diese Maßnahme: Dies sei ein abschreckendes Mittel für Asylbewerber, die in die Versuchung kommen könnten, ihre Identität zu verheimlichen. Der Arrest würde sofort beendet werden, wenn die Identität geklärt werden konnte. Und genau auf dieser Begründung basiert nun die zweite "opposition formelle" des Staatsrates vom 22. Oktober. Auf diese Art würde der Arrest regelrecht in eine Beugehaft umfunktioniert, so der Staatsrat. Diese Beugehaft zielt darauf ab, ein bestimmtes Verhalten, ohne dass sich ein Richter dazu geäußert hätte, als nicht korrekt zu bezeichnen. In dem Fall sei die ursprünglich im Regierungstext aufgeführte Begründung des Arrests, nämlich die einer eventuellen Fluchtgefahr eines abgelehnten Asylbewerbers, durchaus logischer. Unter den gegebenen Umständen sehe man sich gezwungen, die "opposition formelle" aufrechtzuerhalten. Unbeeindruckt davon wurde der Bericht der Chamberkommission am Mittwoch angenommen. Die Chamber wird voraussichtlich noch in diesem Jahr ein erstes Mal über das neue Asylgesetz abstimmen.

Bombenfreie Republik

Der "Bommeléer" geistert durch Luxemburgs publizistische Öffentlichkeit. Jüngst haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass wir schon vor zehn Jahren einen Teil der jetzt heiß diskutierten Verdachtsmomente aufgelistet hatten und deshalb heute eher lustlos beiseite stehen. Das hat uns beim Feiern einen Rüffel eingebracht. Wir seien so faul wie die Staatsanwaltschaft, die Jahre gebraucht habe um allen Anzeigen nachzugehen und eine Denunzier-Email-Adresse einzurichten. Aber was bitte soll die Presse anderes machen, als die Verdachtsmomente, die ihr zugetragen werden, zu erörtern? Dass Staat und Justiz in die Bredouille kommen, wenn sie im Dunstkreis jener Person recherchieren, auf die sie einen Eid abgelegt haben, ist im System der konstitutionellen Monarchie unvermeidbar. Nicht zuletzt deshalb hat die woxx mit der Monarchie nichts am Hut - das regt uns (nicht) mehr auf oder: "on s'en fout royale-ment". Aber wir lernen auch dazu und haben jetzt ebenfalls eine Mailadresse eingerichtet, von der wir uns einen emsigen Gebrauch erhoffen: "nicktsgenauesswissman-nicht@woxx.lu". Da dürfen sogar schüchterne Gewerkschaftssekretäre ihre Bosse denunzieren, dass sich die Balken brechen. Damit diesmal niemand schon nach zwei Tagen die Adresse knackt, haben wir uns ein besonders kompliziertes Passwort einfallen lassen und leider vergessen, es uns aufzuschreiben ... In vier Wochen melden wir uns zurück, dann haben wir sämtliche mögliche Kombinationen durchgespielt.